Deutscher Bundestag **Drucksache 16/6998**
16. Wahlperiode 07. 11. 2007

Antrag

der Abgeordneten Frank Schäffler, Martin Zeil, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Volker Wissing, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Markus Löning, Horst Meierhofer, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Marina Schuster, Dr. Rainer Stinner, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Reaktion auf die Krise der staatlichen Banken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Turbulenzen der letzten Monate auf den internationalen Finanzmärkten wurden ausgelöst durch eine Krise am US-Hypothekenmarkt. Deutsche Staatsbanken sind hier in erheblichem Ausmaß engagiert. Es stellt sich die Frage, ob die spekulativen Engagements in diesem Umfang und die Auswirkungen auf den deutschen Finanzplatz hätten verhindert werden können. Insbesondere stellt sich die Frage, ob das Bundesministerium der Finanzen aufgrund des Miteigentums der Kreditanstalt für Wiederaufbau Bankengruppe (KfW) an der Deutschen Industriebank AG (IKB) über die Gremien der IKB und der KfW oder über die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) eher hätte einschreiten können. Die Bundesregierung trifft eine besondere Verantwortung, weil der Bund über die KfW faktisch wie ein Mehrheitsgesellschafter, ohne eine Mehrheitsbeteiligung zu besitzen, aufgetreten ist.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PWC) hat laut Medienberichten im Rahmen einer Sonderprüfung der IKB festgestellt, dass allein das von der Zweckgesellschaft Rhineland Funding bis zum 31. Juli 2007 auf 13,2 Mrd. Euro gestiegene Portfolio – davon 52 Prozent mit höherem Ausfallrisiko – mit Liquiditätszusagen von mehr als 8 Mrd. Euro die Risikotragfähigkeit der IKB bei weitem überstiegen habe. PWC hat laut Medienberichten festgestellt, dass der Aufsichtsrat der IKB und damit auch die KfW und die Spitze des Bundesministeriums der Finanzen, die im Aufsichtsrat der IKB vertreten sind, über die Liquiditätszusagen an Rhineland Funding unterrichtet waren. Gerade die Liquiditätszusagen gegenüber den Zweckgesellschaften hätten jedoch den Aufsichtsrat der IKB hellhörig machen müssen. Die Zweckgesellschaften wurden seit dem Geschäftsjahr 2001/2002 in jedem Geschäftsbericht

der IKB an mehreren Stellen erwähnt. Im Jahr 2005 wies eine IKB-interne Studie mit dem Titel „California dreamin“ auf Risiken am US-Hypothekenmarkt hin und forderte vorsichtigere Engagements. Bei der Überwachung des Vorstands hätte der Aufsichtsrat, spätestens als die massiven Risiken bekannt wurden, auch selbst nachfragen und weitere Informationen verlangen müssen.

Die Bundesregierung hat die Öffentlichkeit bisher nur ausweichend unter Berufung auf vermeintliche Verschwiegenheitspflichten informiert. Es besteht jedoch ein öffentliches Interesse daran, zu erfahren, wie es fast zur „größten Bankenkrise seit 1931“ – so die Einschätzung des Präsidenten der BaFin Jochen Sanio – gekommen wäre. Deshalb muss die Bundesregierung ihre Rolle im Rahmen der Krise vor dem Deutschen Bundestag erläutern.

Eine Lehre aus der Krise der IKB ist, dass sich Banken mit staatlicher Beteiligung auf ihr Kerngeschäft konzentrieren müssen. Wer mit Steuergeldern operiert, darf sich nicht auf spekulative Geschäfte einlassen, die nichts mit dem Geschäftszweck zu tun haben und weit über die eigene Risikotragfähigkeit hinausgehen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Öffentlichkeit über ihr Verhalten während der Krise der Kreditinstitute mit staatlicher Beteiligung im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen umfassend zu informieren;
2. in ihrem Verantwortungsbereich darauf zu dringen, dass die Geschäftspolitik der Kreditinstitute mit staatlicher Beteiligung im Lichte der zu Tage getretenen Probleme überprüft wird, und dafür Sorge zu tragen, dass derartige Fehlentwicklungen künftig ausgeschlossen werden;
3. sich dafür einzusetzen, dass die Anteile des Bundes an der IKB unverzüglich nach dem Jahresabschluss 2007 bis zum 30. Juni 2008 an einen privaten Investor verkauft werden.

Berlin, den 7. November 2007

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333